

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

16. WP - 124. Sitzung

am Donnerstag, dem 2. April 2009, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Günter Neugebauer (SPD)

Vorsitzender

Hans-Jörn Arp (CDU)

Tobias Koch (CDU)

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Frank Sauter (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Holger Astrup (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Wolfgang Kubicki (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Antrag des Innenministeriums auf Einwilligung zur Leistung von Ausgaben für den Kauf von Fahrzeugen für die Polizei hier: Nachweis der Wirtschaftlichkeit	4/9
Vorlage des Innenministeriums Umdruck 16/4064	
2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-Holstein	5
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 16/1732	
3. Verfahren zur Unterrichtung des Finanzausschusses über geplante bedeutende Beschaffungen	7
Vorlage des Finanzausschusses Umdruck 16/4088	
4. Information/Kenntnisnahme	8
Umdruck 16/4065 - IT-Gesamtplan 2009/2010 Umdruck 16/4130 - Transfusionsmedizin im UK S-H Umdruck 16/4132 - Molecular Imaging North Competence Center (MOIN CC)	

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Antrag des Innenministeriums auf Einwilligung zur Leistung von Ausgaben für den Kauf von Fahrzeugen für die Polizei
hier: Nachweis der Wirtschaftlichkeit**

Vorlage des Innenministeriums
Umdruck 16/4064

Fragen von Abg. Koch zur Bewertung der VW-Angebote beantworten St Lorenz und Herr Reimers dahin, nachträgliche Änderungen der Angebotsunterlagen seien nach Aussage der GMSH ein vergaberechtlicher Ausschlussgrund (Los 1). Weil vom Hersteller keine Angaben zur Funkvorrüstung gemacht worden seien, habe dieses Kriterium mit null Punkten bewertet werden müssen, obwohl eine Vorrüstung vorhanden sei (Los 4).

P Dr. Altmann erwartet, dass das Land im Zuge der Umstellung von Leasing auf Kauf nicht wieder eigene Kfz-Werkstätten einrichte. Er kritisiert, dass die Kosten für die Betriebsmittel auch deshalb erheblich angestiegen seien, weil das Innenministerium die Zahl der Streifenwagen um 50 Fahrzeuge ausgeweitet habe.

St Lorenz äußert, es gebe keinen Überhang an Polizeifahrzeugen mehr, allerdings sei die planmäßige Zahl der Polizeifahrzeuge erhöht worden, um zusätzlichem Bedarf Rechnung zu tragen. Auf eine Frage des Vorsitzenden teilt er mit, die Umstellung von Leasing auf Kauf sei wirtschaftlich geboten. Die notwendigen Investitionen würden zum großen Teil durch Einsparungen beim Leasing kompensiert. Die verbleibende zusätzliche Haushaltsbelastung könne aus Einzelplan 04 nicht gedeckt werden.

Nach einer fünfminütigen Sitzungsunterbrechung verständigt sich der Ausschuss darauf, das Thema im Anschluss an die gemeinsame HSH-Sitzung weiter zu erörtern.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1732

(überwiesen am 13. Dezember 2007 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Finanzausschuss)

hierzu: Umdruck 16/4041

M Hay lehnt den FDP-Gesetzentwurf und eine Öffnung der Privatisierung des Sparkassenwesens ab. Eine Beteiligung allein der Haspa Finanzholding, für die das Bundesverwaltungsgericht 1984 die Frage des Vorhandenseins eines beherrschenden öffentlichen Einflusses verneint habe, wäre verfassungsrechtlich problematisch. Ob eine Beteiligung der Sparkassen untereinander zugelassen werden sollte und zielführend sei, müsse geprüft werden (Umdruck 16/4218).

M Döring nimmt zur Frage der Europarechtskonformität Stellung (Umdruck 16/4218).

Abg. Kubicki spricht sich in Erwartung eines bundesweiten Rechtsformwechsels in absehbarer Zeit für die Haspa-Lösung oder die Zulassung privater Beteiligungen an Sparkassen aus.

M Döring bejaht Fragen des Vorsitzenden und Abg. Koch, dass eine Beteiligung der Haspa an den Sparkassen, die im Nachhinein von der EU für nicht EU-rechtskonform erklärt werde, technisch und rechtlich rückabgewickelt werden könnte. Eine Umstrukturierung innerhalb des öffentlich-rechtlichen Sparkassensektors sei EU-rechtlich unbedenklich.

Abg. Herdejürgen lehnt „eine Privatisierung des Sparkassensektors durch die Hintertür“ ab und fragt den Europaminister, ob und gegebenenfalls wann er mit der EU-Kommission Gespräche über die Rechtskonformität einer Haspa-Lösung führe.

Abg. Koch bittet den Europaminister, mit der EU-Kommission die Frage zu klären, inwieweit eine Beteiligung der Haspa an den schleswig-holsteinischen Sparkassen wettbewerbsrechtlich zulässig wäre.

M Döring äußert, man könne den Fall mit der zuständigen Generaldirektion auf Arbeitsebene erörtern und herausbekommen, in welche Richtung die Generaldirektion und die Kommission tendierten. Eine verbindliche Erklärung der EU werde man allerdings nicht erhalten.

Auch Abg. Kubicki bittet die Landesregierung, entsprechende Gespräche in Brüssel zu führen und das Diskriminierungsverbot zu beachten.

Der Finanzausschuss nimmt die Resolution der Ratsversammlung der Stadt Neumünster zur Öffnung des Sparkassengesetzes, Umdruck 16/4041, zur Kenntnis, bittet den Europaminister, die Haltung der EU-Kommission zu einer Öffnung des Sparkassengesetzes vor allem mit Blick auf die Haspa auf Arbeitsebene zu sondieren, und stellt die Beschlussfassung über den FDP-Gesetzentwurf Drucksache 16/1732 erneut zurück.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Verfahren zur Unterrichtung des Finanzausschusses über geplante bedeutende Beschaffungen

Vorlage des Finanzausschusses
Umdruck 16/4088

Der Ausschuss willigt in das vom Finanzministerium vorgeschlagene und mit dem Landesrechnungshof abgestimmte Verfahren zur Unterrichtung über geplante bedeutende Beschaffungen, Umdruck 16/4088, ein.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Umdruck 16/4065 - IT-Gesamtplan 2009/2010

Umdruck 16/4130 - Transfusionsmedizin im UK S-H

Umdruck 16/4132 - Molecular Imaging North Competence Center (MOIN CC)

Der Ausschuss nimmt die drei Vorlagen der Landesregierung zur Kenntnis. Der Rechnungshof macht gegen Umdruck 16/4130 keine Bedenken geltend.

(Sitzungsunterbrechung von 11:05 bis 13:00 Uhr)

Erneuter Aufruf von Punkt 1 der Tagesordnung:

**Antrag des Innenministeriums auf Einwilligung zur Leistung von Ausgaben für den Kauf von Fahrzeugen für die Polizei
hier: Nachweis der Wirtschaftlichkeit**

Vorlage des Innenministeriums
Umdruck 16/4064

Auf eine Frage von Abg. Koch teilt Herr Rose von der GMSH zu Los 1 mit, man habe vergaberechtlich keinen Spielraum gehabt, VW nicht auszuschließen, weil VW zu der als K.o.-Kriterium eingestuften Klimatronik kein Angebot abgegeben habe. Da VW keine Unterlagen zur Funkausstattung geliefert hat, habe man dieses Kriterium aus Gründen der Gleichbehandlung in den Losen 1 bis 4 jeweils mit null (von fünf möglichen) Punkten bewerten müssen.

Einstimmig erteilt der Finanzausschuss die vom Innenministerium erbetene Einwilligung zur Leistung von Ausgaben für den Kauf von Fahrzeugen für die Polizei, Umdruck 16/4064.

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, schließt die Sitzung um 13:15 Uhr.

gez. Günter Neugebauer

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer